Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Schaller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. Hamburg: Haasenstein & Vogler. Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, Wilhelm Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 314. [31. Jahrgang.] **Berlin, Freitag den 8. Juli 1892, Abends.** **[31. Jahrgang.] Nr. 314.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Wochen-Abonnement.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie Mk. **1,20,** für die übrigen Staaten Mk. **1,50.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 8. Juli.

Als zu Ausgang des letzten Monats Herr Trikupis in Griechenland die Ministerpräsidentschaft übernahm, bekleidete er sich gleichzeitig das Portefeuille der Finanzen zu eigener Verwaltung vor. Die eigentliche Noth der Zeit sind ja in Griechenland die Finanzen. Nur mit großer Mühe konnte die Regierung das nöthige Geld für die Zahlung des Juli-Kouvons, etwas über acht Millionen Mark, auftreiben und zwar durch eine innere Anleihe. Dieses Auskunftsmittel, um Schulden zu bezahlen, müßte aber, für gewöhnliche Zeitläufte, schon an sich für bedenklich gelten, seine öftere Wiederholung verbietet sich von selbst. Ein ernstlicher Versuch, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, ist also durch die Umstände dringend geboten. Die nächste und wichtigste Aufgabe ist damit dem Ministerium Trikupis klar und bestimmt vorgezeichnet.

Dieselbe wird indessen im gegenwärtigen Augenblick besonders erschwert durch die im Lande herrschende Handelskrisis, das hohe Goldagio und die verminderten Staatseinnahmen in Zöllen. Es verlautete schon früher, daß Herr Trikupis, den Schwierigkeiten der Lage vorzüglich durch weitgehende Ersparnisse im Staatshaushalte zu begegnen gedenke. Die Angabe wird bestätigt durch die Eröffnungen, welche der Ministerpräsident gestern der Deputirtenkammer bei Vorlegung des neuen Budgets machte. Herr Trikupis entwickelte das Finanzprogramm der Regierung und beantragte Ersparungen im Gesammtbetrage von 7 Millionen Drachmen. Hiervon entfallen drei Millionen auf die Ausgaben für die Armee. Auch eine Erhöhung der Einnahmen wird vorgesehen, und zwar um $^{9}/_{10}$ Millionen Drachmen. Der Minister hob hervor, die von ihm in Aussicht genommene Besserung des Budgets um circa 17 Millionen genüge zur Bedeckung des Fehlbetrages, welchen das frühere Budget aufwies.

Das vom Minister dargelegte Programm umfaßt außerdem ein besseres System für die Erhebung der Grundsteuer, eine bessere Ausbeutung des Tabaksgefälles und die Verminderung des Münzverlustes durch vorläufige Einschränkung und spätere Abschaffung des Zwangskurses.

Aus der telegraphisch gemachten Mittheilung ist nicht zu entnehmen, welche einzelnen Positionen des Staatshaushalts, abgesehen von dem Armeebudget, von den geplanten Ersparnißmaßregeln betroffen werden. Als ganz bestimmt darf aber angenommen werden, daß die Marine nicht davon berührt wird. Herr Trikupis dürfte nicht bloß für seine Person der Ansicht huldigen, daß auf die Instanderhaltung und Ergänzung der durch seine Initiative geschaffenen jungen griechischen Flottenmacht ein Hauptgewicht zu legen sei. Zur Zeit des beginnenden Konfliktes mit dem Ministerpräsidenten Delyannis wurde von gut informirter Seite hervorgehoben, daß auch König Georgios lebhaft für diese Auffassung eintrete. Dieselbe geht von der Erwägung aus, daß die Entwickelung der Streitkräfte Griechenlands hauptsächlich von dem Gesichtspunkt geleitet sein müsse, die Bundesgenossenschaft des Königreichs eventuell zu einer möglichst werthvollen zu machen. Daß eine griechische Hülfsaktion zur See aber von ganz hervorragender Bedeutung werden könnte, liegt auf der Hand. Wenn es sich nun unter den heutigen Verhältnissen auch nicht empfiehlt, durch kostspielige Neuanschaffungen das angestrebte Gleichgewicht im Budget zu bedrohen, somit die Ergänzung der Flotte einer späteren Zeit vorbehalten bleiben muß, so soll doch das vorhandene Material dauernd in gebrauchsfähigem Zustand erhalten bleiben. Hierdurch sind Abstriche im Marinebudget ausgeschlossen.

Einer vertrauenswürdigen Mittheilung zufolge umfaßt das Ersparnißprogramm des Herrn Trikupis eine Einschränkung der Ausgaben auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung. Im Unterrichtswesen soll der eingerissenen Verschwendung gesteuert werden, unnütze Gerichtshöfe sollen abgeschafft, die ebenso nutzlosen Eparchialämter aufgehoben und eine Neuabgrenzung der administrativen Bezirke vorgenommen werden. Der Wegfall an Kosten in den bezeichneten Verwaltungszweigen wäre ein ganz bedeutender. Aber leider liegt eben gerade hier der Knoten, welchen eine gesunde griechische Finanzpolitik zu lösen hat. Vielleicht findet sich nirgends so sehr wie im modernen Hellas das alte Satz Anwendung: „Schafft mir eine gute Politik und ich schaffe euch gute Finanzen." Das parlamentarische Wesen in Griechenland liegt von langen Zeiten her im Argen. Anstatt in erster Linie auf das Wohl des Ganzen bedacht zu sein, halten es die Deputirten für ihre Aufgabe, den besonderen Interessen des von ihnen vertretenen Bezirks möglichst viel aus dem öffentlichen Vermögen zuzuwenden. Eine einzige Verletzung von „Lokalinteressen" hat sich immer als die größte Gefahr für jedes Ministerium erwiesen, das im Interesse des Staates ernsthaft zu handeln unternahm. Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß die Deputirten ministerweise aus dem Lager eines Ministers flüchteten, der irgend ein Kirchthurminteresse ihrer Wähler anzutasten drohte. Herr Trikupis besitzt in der gegenwärtigen Kammer eine Zweidrittelmehrheit. Das ist für den Beginn der Reformen ganz vortrefflich. Aber erst wenn bei der Beseitigung der Eparchieen, der überflüssigen Gerichtshöfe u. s. w. die Majorität Stand hält, wird die Ersparnißpolitik des Ministers ihre Probe bestanden haben.

Zur **Kaiserreise** wird gemeldet:

Digermulen, Freitag 8. Juli. Nach der Ankunft in Digermulen am Abend des 6. Juli unternahm Se. Majestät der Kaiser noch einen Spaziergang an Land. In der Frühe des 7. erfolgte Se. Majestät die Höhe, von der das ehemalige Berliner Panorama aufgenommen ist, den Digermulenfjord, dessen Spitze nach anderthalbstündigem Marsche erreicht wurde. Des Nachmittags arbeitete Se. Majestät für den demnächst abgehenden Kurier, während ein Theil des Gefolges einen Ausflug nach dem nahen Troldhjord unternahm. Das Wetter ist fortwährend günstig; heute früh 8 Uhr setzte S. M. „Kaiseradler" die Fahrt nach Hadseloe und Ostvaagoe fort.

Die vor einiger Zeit in Wien zum Zwecke der Besprechung mehrerer die Durchführung der Handelsverträge betreffenden Fragen eingetroffenen deutschen Delegirten, Geh. Ober-Regierungs- und vortragender Rath im Reichsamte des Innern von Culer und Geh. Regierungsrath Köhn, haben, wie die „Pol. Korr." meldet, die Ermächtigung erhalten, mit der deutschen Regierung erhalten, im Anschluß an die österreichisch-serbischen **Handelsvertragsverhandlungen** auch mit den in Wien anwesenden serbischen Delegirten behufs Abschlusses eines deutsch-serbischen Handelsvertrages in Berathungen zu treten. Daß der Wiener Aufenthalt der gedachten Herren auch diesem Zwecke gelte, hatte die „Nordd. Allg. Ztg." bereits vor vierzehn Tagen erwähnt.

Bei einem Provinzial-Schulkollegium waren Zweifel entstanden, ob nach der neuen Ordnung der **Entlassungsprüfungen** für Schüler, welche ungeachtet eines einjährigen Aufenthaltes in Obertertina zu Ostern die Reife nicht erlangten, zu Michaelis ein Prüfungstermin angesetzt werden dürfe. In einem Erlaß des Kultusministers wird diesbezüglich entschieden, daß durch die neue Ordnung gegen früherin eine Aenderung nicht eingetreten ist. Dasselbe ist bezüglich der Erwerbung des Berechtigungszeugnisses für den einjährigen Militärdienst für dieses Jahr nach der Fall, da die Abschlußprüfung nach Untersekunda erst für den Ostertermin 1893 vorgeschrieben ist.

Aus Anlaß eines Spezialfalls hat der Kultusminister den Bescheid ertheilt, daß die **staatliche Alterszulage** der Pfändung unterliegt. Die Lehrer haben zwar keinen Rechtsanspruch auf Bewilligung der einzelnen Zulagen; sobald ihnen dieselben aber bewilligt sind, haben sie so lange das Recht, ihre Zahlung zu fordern, als die Schulaufsichtsbehörde nicht von dem ihr bisher noch zustehenden Rechte des Widerrufs Gebrauch macht. So lange dies nicht geschehen ist, könne auch die Forderung auf Zahlung der Alterszulage nach der Maßgabe des § 749 Nr. 8 und Abs. 2 der Zivilprozeßordnung gepfändet werden.

Ueber die Krankenpflege durch die Berufsgenossenschaften, hauptsächlich vermittelst der Errichtung von Unfallkrankenhäusern lesen wir in der „Köln. Ztg.":

„Auf dem Berufsgenossenschaftstage zu Hamburg hat die für gewisse Fälle ins Auge gefaßte Uebernahme der Krankenpflege durch die Berufsgenossenschaften eine Erweiterung gefunden, die sich auf die neue Bestimmung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetze stützt, wonach die Verpflegung einer durch einen Unfall erkrankten Person innerhalb der dreiundzwanzigtägigen Wartezeit übernommen werden kann. Hierbei geht der Anspruch, den der Erkrankte gegen die Krankenkasse oder die Gemeindekrankenversicherung auf Gewährung von Krankengeld für die Dauer von dreizehn Wochen besitzt, ohne weiteres auf die Berufsgenossenschaft über. Es liegt ganz augenscheinlich im Interesse der Genossenschaften, daß sie die Krankenpflege in den Fällen übernehmen, wo die Möglichkeit vorhanden ist, durch eine besondere sorgfältige, das gesetzliche Mindestmaß überschreitende Pflege die Erwerbsfähigkeit der erkrankten Person wiederherzustellen. Schützt auch die Unfallrente den Arbeiter vor Noth und Elend, so bietet sie ihm doch nie so viel, als er mit Hülfe seiner Erwerbsfähigkeit zu verdienen vermag. Auf die Wiederherstellung dieser Fähigkeit muß die Genossenschaft der Träger der Arbeiterversicherung vor Allem gerichtet sein, und selbst mit der Aufwendung verhältnißmäßig hoher Kosten ist dieser Erfolg nicht zu hoch erkauft. Die erwähnte Bestimmung der Novelle bezeichnet daher einen wesentlichen Fortschritt. Weiterhin aber kann man in ihr den ersten, allerdings noch kleinen Schritt zu der Verbindung sämmtlicher Zweige der Arbeiterversicherung und ihre Uebertragung an einen Träger erblicken, ein Ziel, dem die Reichsgesetzgebung früher oder später zweifellos zustreben wird. Die Berathungen auf dem Genossenschaftstage haben nun gezeigt, daß die Vertreter der Genossenschaften für diese Erweiterung ihrer Befugnisse und ihres Wirkungskreises volles Verständniß besitzen, und lebhaften Beifall verdient die angeregte Einrichtung eigener Krankenhäuser, sogenannter Unfallkrankenhäuser. Natürlich wird dieser zweite Fortschritt vorerst nicht allen, sondern nur den größeren und leistungsfähigeren Genossenschaften möglich sein, während die kleineren sich zunächst wohl damit begnügen werden, die Verpflegung der Erkrankten, die sie übernehmen wollen, den Organen der Krankenversicherung zu überlassen, denselben aber ihre Art und Weise der Ausführung vorzuschreiben. Wo immer aber die Mittel zur Errichtung von Unfallkrankenhäusern vorhanden sind, sollte man auch hier mit beginnen. Kein Geldaufwand der Genossenschaften kann nützlicher sein als dieser. Durch die Aeußerung des Staatsministers v. Boetticher ist den Genossenschaften auch in Aussicht gestellt worden, daß sie bei der demnächstigen Durchsicht der Unfallversicherungsgesetze die Befugniß erhalten werden, ihre Mitglieder zu der bisherigen Beiträgen für die Errichtung von Unfallkrankenhäusern heranzuziehen. Eine Bestimmung dieses Inhalts würde sich im Reichstage lebhaften Beifalls zu erfreuen haben, und hoffentlich wird die Verwirklichung dieses Vorhabens nicht allzulange auf sich warten lassen. Aber nur zum kleinsten Theile würde man dieser Verbindung von Unfall- und Krankenversicherung gerecht, wenn man sie nur unter dem Gesichtspunkt der Ersparnis für die Genossenschaften auffassen wollte. Der Hauptwerth der Verbindung liegt vielmehr darin, daß durch sie in höherem Maße die Möglichkeit für die Wiederherstellung der ungeminderten Erwerbsfähigkeit des verletzten Arbeiters gegeben ist. Diese Seite der Frage ist nicht nur in materieller, sondern auch in moralischer Hinsicht von großer Wichtigkeit und sollte daher bei der Erwägung der Angelegenheit weder übersehen noch unterschätzt werden."

Ueber **Brasiliens Handelsverhältnisse** werden im **Handelsarchiv** an der Hand zuverlässiger Angaben mehrere bemerkenswerthe Auskünfte ertheilt, welche zeigen, inwieweit die politischen Wirren einen Einfluß auf die wirthschaftliche Lage des Landes geübt haben.

Seit dem Jahre 1889 ist, wie dort hervorgehoben wird, Brasiliens wirthschaftlich und finanziell zurückgegangen. Die Gründe dieses Rückganges liegen auf verschiedenen Gebieten. Die unsichere Lage des Landes und seiner Finanzen, noch mehr aber Spekulations- und Gründungswesen der letzten Jahre, dessen Errungenschaften zum Theil bereits zur Liquidation gelangt sind, hat dadurch die überaus schwierige Lage des Geschäfts verschlimmert.

Auch die Lage des **Einfuhrgeschäfts** war keine günstige im Jahre 1891. „Trotz der am Ende des Jahres 1890 bestehenden gegenheiligen Befürchtungen hat zwar die Waareneinfuhr im letzten Jahre bedeutend zugenommen, jedoch unter höchst schwierigen Verhältnissen für den Importeur. Wie im Vorjahre befand sich der Handel in Folge der häufig wechselnden Bestimmungen über die Erhebung der Zölle in einer mißlichen Lage; außerdem war die Verschlechterung der Kursverhältnisse eine derartige, daß nicht nur die Aussicht auf Gewinn unmöglich gemacht, sondern das Einfuhrgeschäft mit erheblichen Verlusten verbunden war. Im Ganzen ist das Jahr 1891 wohl eines der schlechtesten und ungünstigsten gewesen, welche das Einfuhrgeschäft in den letzten Jahrzehnten durchzumachen hatte. Es ist unter solchen Umständen als besonders günstig zu bezeichnen, daß bis zum Schlusse des Jahres ein Rückgang erheblicher Zahlungsschwierigkeiten noch nicht hervorgetreten sind. Die Erhaltung dieses günstigen Umstandes dürfte jedoch kaum erwartet werden können. In Folge dieser Verhältnisse ist die Einfuhr der bedeutendsten Waarenartikel in den letzten Monaten eingeschränkt oder ganz eingestellt, und dürfte eine weitere Abnahme der Einfuhr für das Jahr 1892 zu erwarten sein.

Ueber die Betheiligung Deutschlands am Handel mit Rio de Janeiro im Jahre 1891 kann nach den vorliegenden Anzeichen, wobei besonders auf die nicht unerhebliche Zunahme des direkten Dampfschiffverkehrs zwischen Deutschland und Rio de Janeiro zu verweisen ist, als sicher gelten, daß die prozentuale Betheiligung Deutschlands an der vermehrten Einfuhr des letzten Jahres im Vergleich mit anderen Ländern sich nicht verschlechtert hat.

Nach weit verbreiteter Annahme hat die in den letzten Jahren erheblich vermehrte Einfuhr gegenwärtig ihren Höhepunkt überschritten. Obgleich die am Schlusse des Jahres 1891 bestandenen Befürchtungen beim Beginn des neuen Jahres wenigstens theilweise durch günstige Abschlüsse in einzelnen Geschäftszweigen widerlegt sein sollen, bleibt vorläufig eine nicht unerhebliche Abnahme der Einfuhr wahrscheinlich. Die weitere Entwickelung des Geschäftes hängt größtentheils von den politischen Lage und von dem Gange des jetzt für die Einfuhr sehr ungünstigen Kurses ab. Die Anknüpfung neuer Geschäftsverbindungen mit Brasilien dürfte im Großen und Ganzen gegenwärtig wenig empfehlenswerth sein.

Die Geschäftsentwickelung der „Brasilianischen Bank für Deutschland" in Rio de Janeiro — Hauptsitz in Hamburg — war auch im dritten und vierten Jahre ihres Bestehens eine recht befriedigende. Die Geschäftsbeziehungen zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Brasilien, speziell Rio, Santos und Sao Paulo, deren Vermittelung bisher den englischen Banken in Rio de Janeiro zugefallen war, gehen auch nach auf diese deutsche Bank über, deren Hauptthätigkeit auf der Pflege des legitimen Wechsel- und Inkassogeschäfts beruht. Das Gründungsfieber und die bedeutende, größtentheils höchst anormale und ungesunde Spekulation, wovon fast ganz Brasilien und besonders Rio de Janeiro und Sao Paulo litt, gegen Mitte des Jahres 1891 beherrscht wurde, sowie der dann folgende Zusammenbruch, welcher noch fortdauert, ließen die Bank unberührt.

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

Berlin, den 8. Juli 1892.

Acta Borussica.

Die drei ersten Bände dieser im Morgenblatte an anderer Stelle gewürdigten großartigen Publikationsreihe sind soeben im Verlage von Paul Parey erschienen; sie behandeln die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert. In das Verdienst, deren Geschichte klargestellt zu haben, theilt sich mit Professor Gustav Schmoller Herr Dr. Hintze.

Während wir über die Entwickelung Krefelds auch vor Erscheinen der hier zu besprechenden Publikation durch Arbeiten von Kreßner und Thun einigermaßen unterrichtet waren, kannte man über die Berliner, Potsdamer und sonstige östliche Industrie nichts als einige statistische Zahlen, einige beschreibende Notizen und dann die Klagen und Angriffe einheimischer und fremder Physiokraten aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts, die dahin gingen, daß die verzärtelte Lieblingsschöpfung Friedrich II. nichts als eine künstliche und theure Treibhauspflanze gewesen sei. Nachdem die mittelalterlichen Stadtstaaten und großen Grundherrschaften immer unfähiger wurden, als ausreichende Organe des gesellschaftlichen Lebens zu fungiren, als ihre Kämpfe unter einander zu einem anarchischen Chaos ausarteten, da mußten, wie Schmoller in seinem Bericht an die Akademie nicht unrichtig meint, territoriale und nationale Staaten durch alle denkbaren Mittel, eventuell durch Blut und Eisen hergestellt werden; der aufgeklärte fürstliche Despotismus war der Träger dieser großen fortschrittlichen Bewegung, welche die ständische und korporative Freiheit vernichten mußte, nach innen große Märkte mit freiem Verkehr herstellte, nach außen die gesammelten Kräfte ebenso wirthschaftlich wie finanziell und militairisch zusammenfaßte. Die Staaten wurden am raschesten mächtig und reich, welche diese centralistische Tendenz am kräftigsten durchführten. Deutschland stand hinter den größeren, ja sogar hinter den kleineren so weit zurück, „weil es in den mittelalterlichen Lebensformen stecken blieb, weil selbst fleißige größeren Territorien zu klein, zu wenig abgerundet, zu weit von den Seeküsten abgelegen waren, um ähnlich wie in den Weststaaten diese neue Art wirthschaftlich-finanzieller Zentralisationspolitik zu treiben." Erst der Große Kurfürst wagte den Versuch, durch Errichtung eines baltischdeutschen Küstenstaates und einer Seemacht das handelspolitische Beherrschung des europäischen Ostens an sich zu reißen. Der Versuch mußte scheitern, weil Holland, Schweden, Dänemark, Polen, Oesterreich und Rußland entgegengesetzte Interessen hatten, weil die Lage und der Umfang des damaligen brandenburgischen Staates für das Ziel nicht ausreichten. So blieb, wenn man auf den Hauptheil dieses Zieles, die Seemachtzwänge, verzichtete, zur wirthschaftlich-finanziellen Aufrichtung des jungen militairisch-protestantischen Staates nur der eine Weg offen, auf dem rein agrarisch-feudalen Untergrunde der um Brandenburg sich gruppirenden Provinzen durch Einwanderung, Industrieprämien und Schutzzoll eine den westlichen Kulturstaaten ebenbürtige Industrie zu schaffen, die den inneren Markt beherrschen, das verstorbene Handwerk der kleinen Ackerstädte heben, die Abhängigkeit vom westeuropäischen Handel und Kredit nach und nach beseitigen, den handelspolitischen Einfluß auf Polen und den Osten überhaupt stärken konnte und mußte. Auf diese Bahn ist Friedrich Wilhelm I. und seine Minister mit Bewußtsein und Energie eingetreten; aus dieser Schule ging Friedrich II. hervor und hat mit größerer Kühnheit, mit genialerer Hand dasselbe Ziel verfolgt.

In der Instruktion vom 27. Juni 1740 für den neuernannten Minister des neuen fünften, des Kommersien- und Manufakturdepartements v. Marschall, schärft Friedrich II. zuerst ein, die Woll- und Leinenfabriken der Lande zu heben, dann aber so viel als möglich die fehlenden Manufakturen ins Leben zu rufen, „da itzo alle auswärtigen Staaten und fast die ganze Welt sich auf Manufakturen beseligen"; dazu mußten Fremde von allerhand Kondition, Charakter und Haltung ins Land gezogen werden; als fehlende Industrieen aber werden hervorgehoben die der französischen Gold- und Silberstoffes, der seidenen Zeuge, dann die von Canevas ꝛc. Danach wurde verfahren, man suchte rasch Unternehmer und Arbeiter zu gewinnen, die Seidenweberei, bald auch den Seidenbau in Gang zu bringen. Die Hauptthätigkeit aber fällt erst nach dem zweiten schlesischen Kriege in die glücklichen Friedensjahre von 1746—56. In dieser Zeit gingen an Sammet- und Seiden-, Halbseiden- und Bandstühlen aller Art in Berlin, Potsdam und anderen Orten der östlichen Hälfte der Monarchie schon über 1000 Stühle, wovon 4—500 auf Sammet- und Seidenstoffe eingerichtet waren. Die Mittel, um so weit zu kommen, waren gewesen: ein Verbot der Sammeteinfuhr, die Aufhebung der Acciße für Rohseideneinfuhr, ein mäßiger Schutzzoll, ein energischer Kampf gegen den Schmuggel, Exportprämien für bestimmte Waaren, endlich hatte man zahlreichen Unternehmern Häuser, Stühle, Vorschüsse, den neuen Arbeitern Reisegelder und Pensionen zugewiesen und seit 1749 durch ein staatliches Seidenmagasin mit einem Kapital von 50 000 Rthlr. den Bezug des Rohstoffes erleichtert. Wichtiger aber als alle äußere Hülfe und Organisation war die unermüdliche Thätigkeit des Königs und seines Ministers: der König selber und sein treuer Minister Marschall greifen überall ein, rathen, helfen, tadeln, stiften Frieden und Eintracht, benachrichtigen die Geschäfte von jeder Aenderung der auswärtigen Handelspolitik, begutachten die Güte der Stoffe, sorgen unermüdlich für den Absatz. Erst am Ende des siebenjährigen Krieges zeigten sich Rückgänge; der König suchte 1763—1766 um jeden Preis durch staatliche Mittel das stockende Geschäftsleben im Gange zu erhalten und wirkte so belebend; er brachte es durch übergroße Anstrengung so weit, daß statt der 1050 Stühle von 1756 sogar 1450 im Jahre 1766 gingen. Als aber der Rückschlag der großen europäischen Krisis 1766 auch Berlin voll erfaßte, ergriff der Bankerott auch die Seidenindustrie. Jetzt handelte es sich um eine zweite Neugründung der industriellen Lieblingsschöpfung des Königs. Mit Hülfe aller möglichen Maßregeln verschwanden die Nachwehen der Krisis von 1766 nach wenigen Jahren. Schon während der siebziger Jahre trat ein glänzender Aufschwung ein, dem nach einem kleinen Rückgang in den achtziger Jahren 1790—1797 eine noch viel großartigere Zunahme der Industrie folgt. Auf reinseidene Stoffe gingen in Berlin 1795—1802 2400—2800 Stühle; die Weberei in Seidengaze, Flor, in Halbseidene hatte außerordentlich zugenommen. Die Seidenbandfabrikation beschäftigte 1804 in Berlin 1321 Stühle. Berlin stand den übrigen Seidenindustrieorten 1780—1806 fast ebenbürtig zur Seite; wesentlich mit durch die Seidenindustrie war Berlin eine bedeutende Fabrikstadt und die Stadt des besten Geschmacks in Deutschland geworden.

Die Mehrzahl der festgewurzelten Geschäfte aus der Zeit von 1806 konnten sich noch zwei weitere Menschenalter auch an der Zugkraft der freien internationalen Konkurrenz halten. Wenn endlich in den 1860er und 70er Jahren mit der Weltverenrung des Berliner Lebens und der Verstärkung der Krefelder und auswärtigen Konkurrenz die Berliner Geschäftsleute, Kapitalien und Arbeiter sich überwiegend anderen Geschäften zuwandten, während einzelne Theile der alten Industrie, wie die Färberei, sich um so glänzender erhielten, so ist das kein Beweis dafür, daß die Seidenindustrie des 18. Jahrhunderts nicht an ihrem Platze war. In seinem Bericht an die Akademie, als die Herausgeberin der Acta borussica, nennt Schmoller die aufgewandten zwei Millionen Thaler „eine Schulausgabenwendung, ein Erziehungsgeld, das Berlin und dem Osten die Kräfte und Fertigkeiten, die Sitten und Gewohnheiten einimpfen half, ohne welche ein Industriestaat nicht bestehen kann. Es fehlte in diesen feudalen Territorien mit ihren verarmten Ackerstädten und Handwerkern ebenso an den Unternehmern, wie an den Arbeitern, wie sie für die feineren Industrieen, für den Weltmarkt unentbehrlich sind. Die Heranziehung von Fremden, die langsame Einschulung der Einheimischen konnte nur das Werk einer zielbewußten Staatskunst auf diesem Boden sein." Es ist charakteristisch, daß zuerst Franzosen und Juden unter den Verlegern, überwiegend Lyoner, Italiener und andere Fremde unter den Arbeitern auftreten, während 1800 in beiden Klassen die Einheimischen vorherrschen. Man könnte sagen, in der Emporbringung der Seidenindustrie hätten Franzosen und Juden dem preußischen Staate den Dank für seine hochherzige Duldsamkeit abgestattet. Die besten Berliner Judenfamilien, die Mendelssohn und Friedländer, die Veit und Marcus, haben durch ihre Verdienste in der Seidenindustrie ihr Ansehen und ihre gesellschaftliche Stellung erworben und zugleich das bloß handeltreibende Judenthum in ein industrielles verwandelt; sie sind damit selbst etwas Anderes geworden, mit Staat und Gesellschaft anders verwachsen. Das Wichtigste aber war, daß Berlin im Jahre 1800 eine technisch hochstehende Arbeiterschaft und ein fähiges kapitalkräftiges industrielles Unternehmerthum hatte, und diese Thatsache blieb, ob die Seidenindustrie fortdauerte oder nicht, das große Resultat der friedericianischen Politik.